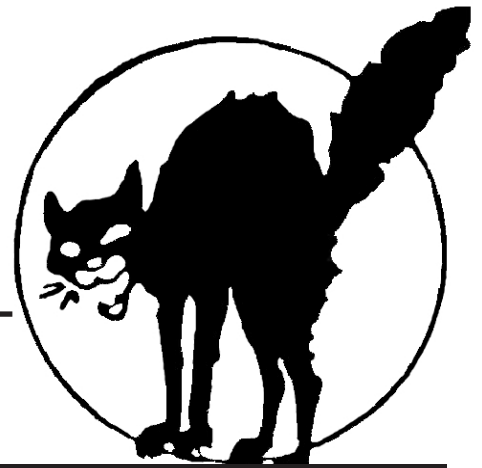


di schwarzi chatz



Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz

Sparen beim Pflegen im Kanton Bern

Nicht nur im Behindertenbereich, sondern auch bei den Pflegeheimen plant die Berner Kantonsregierung zu sparen: Alleine im Jahre 2014 sollen hier fast 24 Millionen Franken weniger ausgegeben werden.



Diese Kürzungen würden Auswirkungen auf die Heimtarife haben, mittels welcher die Pauschalen für bereitgestellte Betten sowie die Beiträge an die Pflegekosten festgelegt werden.

Laut Kassensturz vom 26. November bezahlen Heimbewohner_innen schon seit 2011 erheblich mehr an ihre Heimaufenthaltskosten. Diese ergeben sich aus folgenden Faktoren:

Die Pflegekosten, welche nicht in den Fixbetrag von CHF 21.60 und den von den Krankenkassen übernommenen Betrag von CHF 108.- passen, sollten eigentlich die Kantone übernehmen. Da diese aber sparen, indem sie zu tiefe Pflorgetaxen festlegen, sind die Heime gezwungen, diese Kosten als Betreuungskosten zu verrechnen. Dies bedeutet für die Bewohner_innen massive Mehrkosten.

Was mich an der Sendung sehr genervt hat,

sind die unfertigen Aussagen von Carlo Conti, Präsident der schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren. In der Sendung findet er, es sei nicht zulässig, Pflegekosten auf die Bewohner abzuwälzen. Wenn das Geld der öffentlichen Hand nicht reiche, dann müssten Heime ihre Kosten kürzen. Wenn es eine bestimmte Pflorgetaxe gebe, welche in einem Kanton festgelegt sei, dann könne man nicht mehr Pflege erbringen als mit dieser Pflorgetaxe. Man könne in den Heimen nur so viel Geld ausgeben, wie man Geld in Form einer Taxe einnehmen könne. Die Höhe dieser sei eine Frage politischer Entscheidungen der einzelnen Kantone. „Wenn die Kosten höher sind als diese Taxe, dann muss das einzelne Heim überlegen, wie es Kosten reduzieren kann“.

Wenn diese Aussage alleine dasteht, kann

(weiter auf Seite 2)

Januar/Februar 2014

Nr. 28, 6. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Durch alle sozialen Netze 3
Über die Wirren eines Arbeitskampfes in Berns Baubranche und ungewohnte Solidarität mit den Kämpfenden.

Arbeiter_innen im Sozialstaat 4
In Zeiten der Krise wird gerne zwischen Arbeiter_innen und Nicht-Arbeiter_innen unterteilt und diese so gegeneinander ausgespielt.

Alternativen zur Fremdenfeindlichkeit 5
Die Masseneinwanderungsinitiative greift auf ein weiteres Mittel zur Spaltung der Lohnabhängigen zurück: Die Unterteilung in Schweizer_innen und Ausländer_innen.

Yolanda, Entwicklungshilfe und Selbstorganisation 6
Direkte Aktion am Beispiel der philippinischen Mobile Anarchist School

Kambodschas Textilindustrie steht still 7
Streiks für fairere Mindestlöhne legen einen Grossteil der Branche lahm.

Vogliamo tutto - wir wollen alles 7
Über die Rolle der Arbeiter_innen im Klassenkampf während des Operaismus und deren Verschwinden in der Multitude.

Rubriken

Kultur 11
Rechtliches 12

Editorial

Ein neues Jahr hat begonnen. Ein neues Jahr, ein Reset auf Zeit. Ein neues Jahr in dem alles wieder besser werden kann. In diesem Jahr wird die FAU Bern auf jeden Fall viel zu tun haben. Wir werden wie in den letzten fünfzehn Jahren die schwarzi chatz produzieren, klar. Doch in der ersten Hälfte dieses neuen Jahres werden wir ausserdem eine Ausgabe der deutschen Direkten Aktion verantworten und Anfang Mai wollen wir eine Ausgabe der WoZ-Beilage „antidot inclu“ zum Thema Anarchismus in der Schweiz herausgeben. Kurz darauf, vom 16. bis 18. Mai werden wir nach Bern zu einem Veranstaltungswochenende einladen. An diesem Wochenende wollen wir über anarchistische Ideen heute und ihre Umsetzung diskutieren, über die Vergangenheit informieren und Stadtrundgänge zum Thema durchführen. Trotzdem wollen wir unser ‚Kerngeschäft‘ nicht vergessen und stehen wie bisher für Fragen rund um Arbeit zur Verfügung und werden Kämpfe mit ideeller, personeller und materieller Solidarität unterstützen.

In dieser Ausgabe findet ihr zum Beispiel einen Bericht der philippinischen Mobile Anarchist School, welche nach dem verheerenden Taifun im letzten Herbst ein eigenes Hilfsprojekt auf die Beine gestellt hat. Diese nicht nur schöne, sondern auch immens nützliche Geste wollen wir unterstützen und rufen deswegen zu Spenden auf.

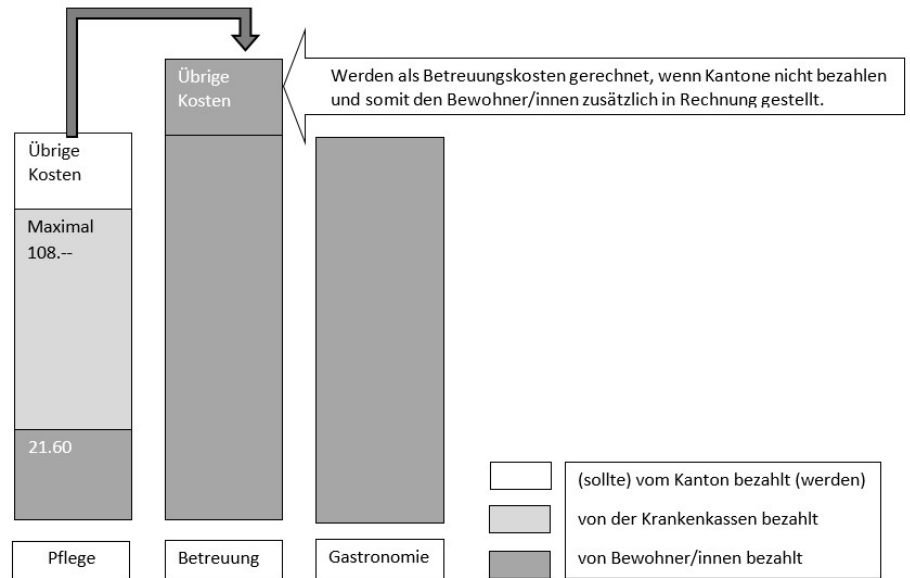
Ein ebenso schönes Beispiel von praktischer Solidarität erlebten sechs Eisenleger aus Guinea-Bissau, sie konnten dank vier Restaurants einen Monat gratis essen, was ihnen das (Über-)Leben um einiges angenehmer machte (mehr dazu im Artikel „Durch alle sozialen Netze“). Sich gegenseitig helfen, so gut es möglich ist und ohne Rücksicht auf bürokratische Hindernisse und Empfindsamkeiten, das ist das was wir uns für eine nahe und fernere Zukunft wünschen. Das ist für uns Anarchismus.

Einen guten Start ins neue Jahr wünschen euch

Eure FAUistas

Sparen beim Pflegen (von Seite 1)

für sie eine Mehrheit gefunden werden. Was es aber bedeutet, die Kosten in Heimen zu reduzieren, spricht Carlo Conti nicht an. Als ob bis jetzt „zu viel“ Pflege geleistet worden wäre! Wir können ja unausgebildetes Personal auf die pflegebedürftigen Menschen loslassen, die sind billiger! Wir



können die Arbeitsbedingungen von den Pflegenden verschlechtern – sprich Pausen verkürzen, Arbeitszeiten verlängern, Personal abbauen, etc. Wir können die Pflege auf ein Minimum reduzieren. Das heisst für die Bewohnenden, am Morgen um 09.30 Uhr aufstehen und am Abend um 17.30 Uhr wieder schlafen gehen. Das heisst auch, die Zeit ausschliesslich in der Institution verbringen, Spaziergänge sind doch nicht nötig! Etc. etc. etc.!

Aus verschiedenen Gründen kostet diese Spartaktik schlussendlich aber mehr. Der Pflegesektor ist schon heute einer der Sektoren, in welchem Burnouts am häufigsten sind. Ein Burnout ist nicht einfach gratis! Es bedeutet nicht nur einen Arbeitsausfall, welcher von den Krankenkassen aufgefangen werden muss, sondern auch einen massiven Einschnitt in das Leben der Betroffenen.

Unausgebildetem Personal ist es nicht möglich, die gleiche Arbeit in der gleichen Zeit zu leisten, weil das Knowhow fehlt. Hierfür ein Beispiel aus meinem Alltag:

Ich schaue einer Praktikantin zu, wie sie einem Mann mit Parkinson helfen will, aus dem Sitzen aufzustehen. Sie stellt sich dicht neben ihn, greift ihn an Hand und Ellenbogen, zieht nach oben und fordert den Mann verbal auf, aufzustehen. Ich schaue 10 Minuten zu. Danach zeige ich der Praktikantin,

wie wir die Menschen mithilfe von Kinaesthetics (ein Pflegekonzept) beim Bewegen unterstützen können. Der Mann steht innert 30 Sekunden.

Und so geht es eben bei vielen Aktivitäten und Hilfestellungen. Pflege und Betreuung sind eine Wissenschaft für sich. Nur scheint es halt hier nichts auszumachen, wenn Fehler passieren, weil sie ja nicht sofort scha-

den. (Wenn wir einen Bus gegen die Wand fahren würden, sähe es wohl anders aus). In der Pflege und Betreuung machen sich Fehler jedoch oft später bemerkbar. Sie haben mangelnde Selbständigkeit, das heisst immer mehr Pflegebedürftigkeit und somit immer höhere Pflegekosten zur Folge. Gerade im Behindertenbereich hat fehlerhafte Betreuung oft schwierige Verhaltensweisen wie Fremd- und Autoaggression zur Folge, was dann ebenfalls wieder einen höheren Pflege- und Betreuungsaufwand bedeutet.

Es ist kontraproduktiv und unmenschlich, bei der Pflege und Betreuung von Menschen zu sparen und somit diese Austeritätspolitik auf dem Buckel der Pflegebedürftigen und Lohnabhängigen auszutragen. Auch aus wirtschaftlicher Sicht würden wir an Effizienz und Qualität verlieren. Wenn wir unausgebildetes Personal einsetzen und noch schlechtere Arbeitsbedingungen mit noch weniger Pausen und Ferien und dadurch mit mehr Stress schaffen, müssen wir mit erheblichen Gesundheitsproblemen der Pflege- und Betreuungspersonen rechnen. Langfristig gesehen gewinnen wir, wenn wir in gut ausgebildetes Personal investieren, die Arbeitszeiten verkürzen (bei gleichem Lohn) und somit die Lebensqualität für alle Beteiligten verbessern.

Luise

Durch alle sozialen Netze

Seit Monaten kämpfen in Bern Bauarbeiter aus Guinea-Bissau und aus Portugal um ihre Löhne. Doch die Gelder aus dem undurchsichtigen Firmengeflecht ihrer Arbeitgeber herauszukratzen, ist äusserst schwierig.

Der Regen prasselte an die unfertigen Aussenwände auf der Baustelle. Draussen rauschten die Züge über die vielen Gleise nahe bei der Haltestelle Bern-Wankdorf. Zwischendrin, vor dem Zaun um die Baustelle, standen einige Bauarbeiter im Regen. In der einen Hand Regenschirme, in der anderen hielten sie gemeinsam Transparente, um auf ihre Situation hinzuweisen.

Zuvor hatten sie sich wegen übelster Arbeitsbedingungen an die Zentralgewerkschaft Unia gewandt. Sie arbeiteten auf dem ehemaligen Schlachthofareal als Eisenleger, wo sich die SBB und die Post neue Hauptquartiere hinklotzen. Sie arbeiteten im Freien, in der Hitze und in der Kälte und trugen schwere Metallnetze und -stangen an den richtigen Ort und bückten sich stundenlang, um die Netze mit Kupferdrähten zu verbinden. Sie arbeiteten in einer der schlimmsten Branchen innerhalb der Bauwirtschaft. Gewerkschafter_innen weisen schon seit längerem auf Lohndumping in dieser Branche hin. So komme es oft vor, dass acht Stunden Arbeit eines gelernten Eisenlegers mehr kosten, als für eine Tonne bereits verlegtes Armierungseisen bezahlt wird. Acht Stunden Arbeit braucht ein gelernter Eisenleger ungefähr um das Eisen zu legen.

Undurchsichtiges Firmengeflecht

Bereits Anfang September wurden die Probleme der Arbeiter mit den Firmen *Leo Armierungen GmbH* in Niederwangen und der *I&L Leo Armierungen GmbH* in Zollikofen bekannt. In einer Medienmitteilung schrieb die Unia damals, Löhne würden nur zum Teil oder gar nicht ausbezahlt und die Arbeiter seien teilweise nur sehr selten zur Arbeit aufgeboten worden, was ihre finanzielle Lage noch schlimmer machte. Das für Arbeiter_innen schlechte Arbeitsrecht wäre in diesen Punkten aber eindeutig: Die Löhne müssen ausbezahlt werden und

wenn im Vertrag nicht eine Teilzeitanstellung festgeschrieben wurde, muss der volle Monatslohn ausbezahlt werden. Doch die Angelegenheit war in der Praxis nicht ganz so einfach zu lösen, wie es auf dem Papier gedacht war. Die Besitzer der beiden Firmen waren zu grossen Teilen identisch und auch wegen den ähnlichen Namen war es nicht so einfach festzustellen, bei welcher die Arbeiter angestellt waren.

Als der Druck gegen eine dieser Firmen zu gross wurde, lösten die Besitzer diese Firma einfach auf und gründeten eine neue. Die Arbeiter erhielten dann teilweise neue Verträge bei der anderen Firma.

Funktionierende Solidarität

Da die aus Portugal und dessen ehemaliger Kolonie Guinea-Bissau stammenden Männer offiziell arbeiteten, ihnen aber teilweise weder Arbeit zugeteilt, noch Löhne ausbezahlt wurden, konnten sie keine Arbeitslosen- oder Sozialhilfe beantragen. Für sechs Arbeiter wurde die Situation besonders dramatisch, da sie im Oktober und November gar keine Löhne erhalten hatten. Als ihre Ersparnisse so gut wie aufgebraucht waren, zeigten sich vier Restaurants in der Stadt Bern auf eine schöne Art solidarisch: Für je eine Woche konnten die Arbeiter im *Casa d'Italia* in der Länggasse im *Sous Le Pont* in der Reitschule, in der *Brasserie Lorraine* und im neuen Restaurant *&Söhne* in der Länggasse gratis essen. Besonders das *&Söhne* ist positiv aufgefallen: Die Betreiber_innen kontaktierten von sich aus den für die Arbeiter zuständigen Unia-Funktionär und boten ihre Unterstützung an. Nach der Verköstigung durch die solidarischen Restaurants erinnerte sich auch der Staat wieder an seine soziale Maske: Seit Anfang Dezember erhalten die Arbeiter Arbeitslosengeld.

Grossbaustellen = Murks?

Dass gerade auf der prestigeträchtigen Grossbaustelle – das Projekt nennt sich Wankdorf City – so massiv schlechte Löhne oder/und Arbeitsbedingungen ans Licht kommen, scheint in Bern mittlerweile fast normal zu sein. Vor zwei Jahren kamen beim Bau der neuen Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) und dem Abriss des alten Postbahnhofs ebenfalls haarsträubende Geschichten ans Licht: In der KVA erhielten bosnische Schweiesser 7 bis 13 Euro die Stunde, arbeiten mussten sie auf wackeligen Gerüsten oder teilweise sogar auf Paletten, die von Gabelstaplern in die Höhe gestemmt wurden. Beim Abriss des Postbahnhofs wurden slowakische Arbeiter als Baureiniger bezahlt, um Asbestsanierungen zu machen. Übernachten „durften“ sie in den Luftschutzbunkern unter der Baustelle.



Eine Protestaktion gegen Leo Armierungen in Wankdorf.

Ob auf den wenigen Grossbaustellen vieles schlechter läuft, als auf den vielen kleinen Baustellen, ist äusserst fraglich. Grossbaustellen, welche über eine längere Zeit bestehen, werden eher öfter kontrolliert als kleine Baustellen, auf denen manchmal weniger als eine Woche gearbeitet wird. Wahrscheinlicher ist, dass die Skandale auf den Grossbaustellen besser taugen, um sie in die Medien zu bringen und dass diese Skandale überhaupt nur ein kleiner Einblick in die realen Probleme vieler Bauarbeiter_innen geben.

smf

Arbeiter_innen im Sozialstaat

Seit dem Ausbruch der Krise erleben sozialrassistische Stimmen und Programme eine neue Konjunktur: Erwerbslose und Armutsbetroffene werden für die gesellschaftlichen und ökonomischen Missstände in Verantwortung gezogen. Die Gegenüberstellung von Arbeiter_innen und Nicht-Arbeitenden bildet die Basis einer spezifischen Diskriminierungsform, des Sozialrassismus.

Die moralische Kategorisierung in „gute“ und „schlechte“ Arbeiter_innen gehört zum Merkmal der bürgerlichen Gesellschaft: Diejenigen, die im Arbeitsmarkt „integriert“ sind, ausgebeutet werden und dafür einen Lohn erhalten, gehören zu den Guten. Diejenigen hingegen, deren Arbeitskraft zwar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, aber vorübergehend oder längerfristig nicht vom direkten Lohn leben, sondern sozialstaatliche Leistungen wie Arbeitslosengelder oder Sozialhilfe beziehen, gehören zu den Schlechten.

Dieser Gegenüberstellung liegt ein spezifisches Bild des Sozialstaates zugrunde: In der historischen Entwicklung des modernen Kapitalismus habe er sich, geprägt von Demokratie und Menschlichkeit, als Gegenstück zur kapitalistischen Marktwirtschaft herausgebildet. Seine Leistungen werden so als Caritas und Solidarität zwischen allen Menschen angesehen, die – auf der Basis einer bürgerlichen Gleichheitsvorstellung – gemeinsam in einen Topf einzahlen, sodass bei Ausfall des Lohnes die „Schwächeren“ von dieser institutionalisierten Solidarität profitieren können. Dies verlange dann aber auch ein entsprechendes Verhalten letzterer: Dankbarkeit und Anpassung.

Die historische Herausbildung des modernen Sozialstaates wurzelt aber bei genauerem Hinschauen nicht auf Demokratie und Menschlichkeit. Die ersten sozialstaatlichen Interventionen waren Armen- und Zwangsarbeitshäuser des 16. und 17. Jahrhunderts. Damals wurden vor allem die vagabundierenden Armen in Zwangseinrichtungen eingesperrt und ihre Arbeitskraft in einem regelrechten Sklavenverhältnis weiterverkauft. Der Sozialstaat bildete also nie ein Gegen-

satz zum kapitalistischen Markt, sondern dessen sekundäre Institution, die durch Zwang und materielle Sanktionen Arbeitsunwillige und Arbeitsunfähige zu ausbeutbaren Arbeitskräften formte. In der expandierenden Phase des modernen Kapitalismus, den sogenannten „trente glorieuses“ von 1950 bis 1980, garantierte der Sozialstaat den Konsum der meist nur vorübergehend und für kurze Zeit arbeitslosen Arbeiter_innen in den westlichen Ländern. Mit der Krise seit den 1980er Jahren und der damit verbundenen Zunahme der strukturellen Arbeitslosigkeit werden Zwangsmassnahmen wieder intensiviert (Stichwort „Arbeit vor Rente“ und „Beschäftigungsfähigkeit“).

Sozialstaatliche Entfremdung

Für das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Arbeiter_innen und Nicht-Arbeiter_innen spielen das Lohnverhältnis und die sozialstaatlichen Institutionen eine wesentliche Rolle.

Das Lohnverhältnis und der Lohn verschleiern, wer die Arbeiter_innenklasse tatsächlich ist und produziert die Spaltung zwischen den Arbeiter_innen. Den Arbeiter_innen werden Nicht-Arbeiter_innen gegenübergestellt, die als Empfänger_innen von Sozialleistungen von den Steuern und Abgaben der Arbeiter_innen leben und „profitieren“ würden. Die Institution des Sozialstaates entfremdet somit die Nicht-Arbeitenden von ihrer gesellschaftlichen Position als Arbeiter_innen und brandmarkt sie als schlichte Empfänger_innen von Sozialleistungen. Diese Sozialleistungen stellen jedoch einen indirekten Lohn dar, der von den Arbeiter_innen produzierter Mehrwert abschöpft und daher als sekundäre Ausbeutung durch den Sozialstaat zu bezeichnen ist.

Gleichzeitig produziert der Sozialstaat eine Entfremdung von der Klassenolidarität, denn der Leistungsbezug der Nicht-Arbeitenden wird von den Arbeitenden nicht als gegenseitige Hilfe wahrgenommen, sondern als individuelles Recht der Nicht-Arbeitenden auf sozialstaatliche Unterstützung. Der Sozialstaat produziert durch seine In-



„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Arbeitshäuser verhalten, die Fabrikdisziplin gesellschaftlich durchzusetzen.

stitutionen eine Distanz zwischen den Arbeiter_innen, sodass die gemeinsame Klassenzugehörigkeit zwischen Arbeiter_innen und Nicht-Arbeiter_innen verschleiert wird, was sie zu Konkurrent_innen macht, die um Marktpositionen kämpfen.

Die bürgerliche Gesellschaftsordnung zeichnet sich dadurch aus, dass das elementare Interesse der Kapitalist_innen darauf gerichtet ist, dass Arbeitskräfte möglichst billig zur Verfügung stehen. In der kapitalistischen Gesellschaft sind somit alle Arbeiter_innen potentielle, unsichtbare und arme Nicht-Arbeiter_innen. Auch ist die Lohnlosigkeit ein wesentlicher Bestandteil der kapitalistischen Planung, so dass stets Auswegmöglichkeiten durch den Rückgriff auf die Masse der Nicht-Arbeitenden offen stehen, falls Arbeitskämpfe den Lohn in die Höhe treiben. Der heutige Sozialrassismus ist somit tief im Sozialstaat und im Lohnverhältnis verankert.

Fabio Montale

Alternativen zur Fremdenfeindlichkeit

Ausländer_innen, welche Schweizer Werktätige mit Tiefstlöhnen unter Druck setzen oder von Sozialleistungen profitieren sollen, sind auch bei der kommenden Masseinwanderungsinitiative wieder ein Thema. Grund genug diese scheinbare Ursache all unserer Probleme etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Wenn es um „Sozialschmarotzer“ (zur Spaltung der Lohnabhängigen in Arbeitende und Nichtarbeitende siehe Artikel von Fabio Montale auf Seite 4) geht, ist es mit dem Verweis auf Ausländer_innen nicht weit her. Sie, welche schon das „Glück“ haben, in der Schweiz leben zu dürfen, sollen übermässig von den Schweizer Sozialleistungen profitieren und den ganzen Sozialstaat untergraben. Noch mehr als die Schweizer Bezüger_innen von Sozialleistungen stehen die Ausländer_innen unter Generalverdacht, diese Leistungen bloss zu ergaunern. So gräbt sich ein weiterer Keil zwischen die Lohnabhängigen: Einerseits zwischen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden und andererseits zwischen Schweizer_innen und Nicht-Schweizer_innen.

Die Ausländer_innen können hier eigentlich gar nichts richtig machen: Entweder sie arbeiten nicht und werden als Profiteur_innen des Sozialstaates angesehen oder sie arbeiten und gelten dann als Konkurrent_innen der einheimischen Arbeiter_innen. Diese ausländerfeindlichen Argumente werden auch von den Befürworter_innen der kommenden Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ prominent ins Feld geführt. Es stimmt: Auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen reisen Migrant_innen unter anderem in die Schweiz. Und viele von ihnen arbeiten hier für weniger Lohn länger und oft härter als Schweizer_innen. Jedoch sind es nicht diese Arbeiter_innen, welche die Löhne drücken – nur allzu gerne würden sie zu einem höheren Lohn arbeiten. Diese Leute als Sündenböcke darzustellen verschleiert nur, wer am meisten von der Arbeitsmigration profitiert: Denn wer diese Bereitschaft der ausländischen Bevölkerung ausnutzt, sind letztendlich die Unternehmer_innen, welche so ihre Profite zu maximieren versuchen.

Globalisierung und Sparprogramme

Der Druck auf die Lohnabhängigen nimmt seit geraumer Zeit stetig zu: Die fortschreitende Globalisierung bietet den Unternehmen immer mehr Möglichkeiten, ihre Produktionsstandorte in Billiglohnländer zu verlegen. Insbesondere grössere Unternehmen nutzen dieses Argument aus, um in Ländern mit höheren Lohnniveaus die Löhne zu senken. So stehen sich nicht mehr nur die Lohnabhängigen innerhalb eines Landes als Konkurrent_innen gegenüber, sondern die Arbeiter_innen weltweit.

Die aktuelle Wirtschaftskrise und die mit ihr begründeten Sparprogramme erhöhen den ökonomischen Druck sowohl auf die erwerbstätige als auch auf die erwerbslose Bevölkerung. Letztere leidet unter teils massiven Kürzungen der Sozialleistungen und wird entweder sozial weiter ausgegrenzt oder ist umso mehr auf finanzielle Unterstützung ihres (oftmals familiären) Umfeldes angewiesen. Dies wiederum erhöht den finanziellen Druck auf die werktätige Bevölkerung, was deren Bereitschaft weitere Sozialabgaben zu entrichten tendenziell wohl eher sinken lässt.

Alternativen ohne Grundsatzkritik?

Eigentlich sollten diese Punkte bereits genügen, um zu zeigen, dass nicht die Lohnabhängigen verschiedener Länder gegensätzliche Interessen besitzen, sondern dass dieser Gegensatz vielmehr zwischen Arbeiter_innen und Kapitalbesitzenden liegt. Trotzdem haben fremdenfeindliche Lösungsvorschläge (immer) wieder Hochkonjunktur. Letztes trauriges Beispiel dafür ist die erschwerte Einbürgerung, welche Ende November von der Stimmbewölkerung des Kantons Bern angenommen wurde. Ganz in der Logik der oben dargestellten Spaltungen der Lohnabhängigen werden in Zukunft keine (ehemaligen) Sozialhilfebezüger_innen mehr eingebürgert, bevor sie nicht sämtliche bezogenen

Sozialhilfeleistungen zurückbezahlt haben. Sozialhilfeempfänger_in zu sein, gilt von nun an als „unschweizerisch“.

Es fragt sich, welche Alternativen dem ausländerfeindlichen SVP-Hardlinerkurs entgegengehalten werden können. Es finden sich da die wirtschaftsfreundlichen Flügel der FDP aber auch jener der SVP, welche aus Unternehmer_innen-Sicht die Konkurrenz zwischen Lohnabhängigen als förderungswert betrachten und deshalb die Personenfreizügigkeit nicht allzu sehr gefährden wollen. Dann gibts die CVP, welche zwar immer wieder mit den SVP-Positionen sympathisiert, aber die konkreten Vorschläge der SVP dennoch ablehnt, da eine offensichtliche



Neoliberalismus als Alternative zur Fremdenfeindlichkeit?

Fremdenfeindlichkeit wohl doch nicht so einfach mit der „christlichen“ Grundhaltung zu vereinbaren ist. Dann kommen noch die linken Parteien, welche unter Zugzwang geraten sind und sich nun ebenfalls dem „Ausländer_innenproblem“ stellen wollen. Hier wird die Logik des Nationalstaates offensichtlich: Auch noch so „soziale“ Positionen bleiben im Konkurrenzkampf zwischen In- und Ausländer_innen gefangen, solange sie sich auf den Nationalstaat als organisatorische Basis berufen.

Will man an der Solidarität zwischen Lohnabhängigen unabhängig ihrer Herkunft arbeiten, so wird Grundsatzkritik am Nationalstaat und Kapitalismus unumgänglich. Dies ist (leider) um einiges schwieriger, als vermeintlich klar eingrenzbarer Bevölkerungsgruppen wie etwa Ausländer_innen und/oder Bezüger_innen von Sozialleistungen als Sündenböcke darzustellen.

Paul Isler

Yolanda, Entwicklungshilfe und Selbstorganisation

Am 7. November 2013 traf der Taifun Haiyan auf die Philippinen. Es war einer der zerstörerischsten Taifune, welche je auf das Archipel trafen: Tausende starben, gar Millionen wurden obdachlos. Die Unterstützung der Sturmpfer durch die offiziellen Kanäle war - und ist teilweise immer noch - schwierig. Hervorzuheben sind die beiden kleinen, aber unbürokratischen und effektiven Hilfsexpeditionen philippinischer Anarchist_innen.

Schon bald nachdem die Meldungen über die Zerstörungen des Taifuns Yolanda (so wird Haiyan auf den Philippinen genannt) weltweit durch die Medien rauschten und sich erschütternde Bilder völlig zerstörter Städte in das kollektive Gedächtnis einbrannten, kamen Spendengelder und Hilfssammlungen für die Philippinen zu Stande. In der Schweiz wurden über die Glückskette bis Mitte Dezember über 37 Millionen Franken gespendet. Doch die Hilfe kam und kommt nicht immer und nicht sofort bei den Betroffenen an, wie der folgende gekürzte Bericht der philippinischen Genoss_innen der Mobile Anarchist School zeigt. Die Aktivist_innen beschlossen daher in bester anarchistischer Tradition selber aktiv zu werden und solidarisch Hilfe zu leisten.

Die Reaktion der Regierung führte zu grösserem Schaden

Die philippinischen Inseln sind durch ihre Lage den Stürmen ausgeliefert. Dies ist ein Fakt, der unmöglich ignoriert werden kann. Dies besonders auch von der Regierung, welche die Bevölkerung bei Stürmen warnen und nachher für den Wiederaufbau sorgen sollte. Die vielen Leichen überall in Leyte (Insel mit 2 Millionen Einwohnern) zeugen aber von der Unfähigkeit der Regierung die Todeszahlen bei Stürmen zu senken. Die Regierung lernte nichts aus den Schäden früherer Stürme.

Plünderungen und Gewalt, unter anderem in der am stärksten betroffenen Stadt Tacloban, sind Effekte der schlechter Regierung und Korruption. Die Unfähigkeit der Regierung, systematische und verlässliche

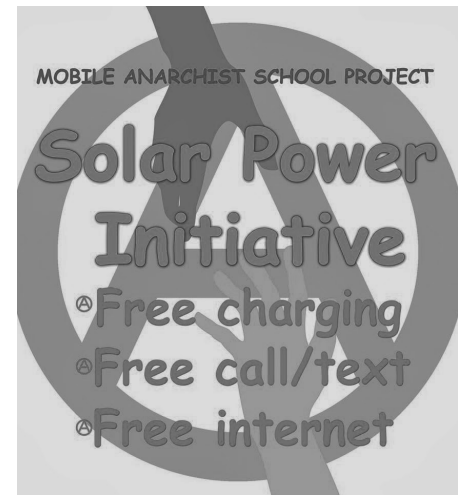
Hilfsprogramme zu starten, führte zu Gewalttätigkeiten seitens der Sturmpfer.

Die weltweite Aufmerksamkeit der letzten Monate führte zu überwältigen Spenden und Hilfeleistungen. Vollgepackte Schiffe stehen aufgereiht in den Häfen von Cebu und Manila, Millionen von Franken fließen in die Philippinen über Regierungs- und Firmenkonten, doch die Sturmpfer haben Mühe Nahrungsmittel zu bekommen. Ein Gefühl von Mangel und Nahrungsunsicherheit machte sich breit und führte zum gewalttätigen Verhalten der Menschen.

Der Geist der Solidarität und die geleistete Hilfe der Menschen in anderen Regionen ist Herz erwärmend und wohltuend für das Befinden der Opfer, doch die Korruption der Regierung untergräbt die praktische Solidarität. Dies führte dazu, dass es auch zwei Wochen nach dem Sturm noch an allem fehlte: Nahrung, Unterkunft und medizinische Betreuung. Die Preise für grundlegende Bedarfsgüter wie Lebensmittel und Medikamente waren doppelt so hoch wie vor dem Sturm und da die Stromversorgung noch nicht wieder hergestellte wurde, liessen sich Geschäftsleute für das Nachladen von Akkus für Handys und Taschenlampen Wucherpreise bezahlen.

In dieser Situation entschied sich die Mobile Anarchist School aktiv zu werden und die Korruption zu umgehen. Wir stellten eine solarbetriebene 150-Watt-Aufladestation zusammen, damit die Menschen in den betroffenen Gemeinden kostenlos ihre Akkus nachladen können. Nach einer Woche konnten wir die benötigten Geräte auftreiben.

Am Morgen des 20. November machten wir uns mit Hilfspaketen für 15 Familien und unserer Ausrüstung auf den Weg nach Barangay Libtong (in der Nähe von Tacloban), wo wir am Nachmittag des 21. Novembers eintrafen. In den folgenden fünf Tagen waren wir vor Ort und luden an den vier sonnigen Tagen zwischen 30 und 40 Handy- und Taschenlampenakkus pro Tag und versuchten Familien zu betreuen. Leider konnten wir keinen kostenlosen Internetzugang einrichten, da in der Gegend die Signale zu schwach waren. Am dritten Tag merkten wir, dass un-



sere Ausrüstung nur rund 30 Aufladungen pro Tag machen kann, ohne dass die Batterien sich zu stark entleeren. Am fünften Tag instruierten wir lokale Freiwillige in der Bedienung unserer Ausrüstung, damit die Menschen vor Ort auch nach unserer Rückkehr Zugang zu einer kostenlosen Aufladestation haben.

Die Inkompetenz und die Korruption der Regierung stellte sich als verheerender als der Taifun selbst heraus, wir rufen deshalb alle Menschen und Kollektive dazu auf, direkt zu handeln. Vermeidet die offiziellen Kanäle, da die Hilfsgüter sonst nur in Lagerhäusern landen, wo nur die Obrigkeit Zugang hat. Wir wurden sogar Zeuge, wie Beamte Kontrolle über grundlegende Güter ausübten, um ihre eigenen Ziele durchzusetzen. Tausende Säcke Reis und andere Güter werden von der Regierung zurückgehalten und nur in kleinem Masse an bedürftige Familien verteilt.

Zweite Mission

Kurz nach der Rückkehr von unserer ersten Hilfsaktion konnten wir Mittel für eine zweite 15-tägige Aktion auftreiben. Wir fuhren wieder nach San Miguel, wo zwar kein Mensch durch Yolanda zu Schaden kam, aber Reisfelder, Kokospalmen und wichtige Infrastruktur wie Märkte, Kommunikation und Reismühlen zerstört wurde.

Als wir für unsere zweite Hilfsaktion dort eintrafen, sahen wir Zeichen eines äusserst langsamen Wiederaufbaus, die Hilfe ist dafür war knapp. Viele haben

keine Möglichkeit an Regierungshilfe für den Wiederaufbau ihrer Häuser zu kommen. Die Kommunikation mit der Aussenwelt ist äusserst schwierig, die Preise für grundlegende Güter sind immer noch doppelt so hoch wie vor Yolanda und die Stromversorgung ist nicht einmal annähernd wiederhergestellt.

Am ersten Tag verbesserten wir die Ladestation und richteten uns ein um Medikamente und Hilfspakete zu verteilen, eine Volksküche in Betrieb zu nehmen, sowie psychische erste Hilfe leisten zu können. Für zehn Tage konnten wir unsere Aktivitäten am laufen halten. Zudem organisierten wir Kunst-Workshops, Spiele und Volksküchen in verschiedenen Barangays¹. In einem der Barangays kamen zu unseren Anlässen über hundert Kinder, was unsere Kapazitäten hoffnungslos überlastete. Wir waren sehr niedergeschlagen, dass wir nicht alle Kinder an unseren Aktivitäten teilhaben lassen konnten und nicht allen eine Mahlzeit geben konnten.

Wir packten unsere sehr begrenzten Hilfspakete um, so dass wir mehr Familien unterstützen konnten. Wir konzentrierten uns auf die Aufladestation und auf unsere Medikamentenabgabe, während zwei Freiwillige fast jeden Tag für die Kinder Spiele organisierten

Rückblick

In den zehn Jahren in denen wir bereits Volksküchen, Gratismärkte und Ähnliches organisieren, erhielten wir schon viele positive Rückmeldungen von Menschen und Gemeinschaften. Doch in San Miguel wurden wir gut und mit Respekt behandelt, wie ein Beispiel zeigt: Lehrer_in ist ein sehr angesehener Beruf in vielen Gemeinden der Philippinen. Eine Lehrerin und ihre zwei Töchter kamen mit schwarzen T-Shirts an einer unserer Anlässe. Nach dem Anlass erklärte uns die Lehrerin, wieso sie schwarz trügen: Sie wollten ihren Respekt vor den Menschen, die es vorziehen schwarz zu tragen, ausdrücken. Vielleicht ist es normal, dass sich die Menschen so verhalten, so lange wir sie mit Solarstrom versorgen oder mit ihnen Vorräte teilen. Doch die

¹ unterste Verwaltungseinheit in den Philippinen, ähnlich wie ein Quartier oder Ortsteil.

Leute fragten uns auch, wieso die Institutionen nicht effektiv und kreativ funktionierten, um Hilfe leisten zu können. Normalerweise teilen oder verteilen komisch aussehende Menschen keine essentiellen Güter oder Dienstleistungen, ohne dafür eine Gegenleistung haben zu wollen. Komisch aussehend soll heissen: Menschen mit vielen Tattoos, Piercings, schrägen Frisuren und einer Vorliebe für die Farbe Schwarz. Es ist dann noch seltsamer, wenn diese komisch aussehenden Menschen ohne Chefs und ohne Privilegien mitten in einer Desasterregion stehen, um ihre Soli-

die Beziehung von uns Menschen untereinander und zur Natur geprägt von Herrschaft und Kontrolle, was schlussendlich zu Ungleichheit, Armut, Ignoranz, patriarchalen Strukturen und Denken und zu Umweltschäden geführt hat.

Gegenseitige Hilfe kann sehr effektiv sein, wenn sie direkt ausgeübt wird.

Mobile Anarchist School

(übersetzt, eingeleitet und zusammengefasst von smf)



darität mit den Opfern auszudrücken.

Unser Erscheinungsbild hat die Neugierde vieler Menschen geweckt, weshalb sie zu uns kamen und mit uns sprachen. Sie erwarteten, dass „förmliche“ und „anständige“ Menschen kommen würden, welche als Gegenleistung für die Hilfe politische oder religiöse Gefolgschaft erwarteten. Sie waren wirklich überrascht, dass komisch aussehende Menschen wie wir dort waren, um Hilfe zu leisten, und nichts dafür verlangten.

Für uns ist die geleistete Hilfe keine heldenhafte Tat. Wir glauben eher, dass es normal ist, zu helfen. Im Moment werden die Menschen vor allem von Wettbewerb geleitet, was durch den Kapitalismus und den Staat verstärkt wird. Wir denken, dass Ideologien wie Überlegenheit, Hierarchie, Uniformität und Zentralismus unsere Werte entstellt haben. Deswegen ist

Die Mobile Anarchist School unterstützen

Da wir die Bemühungen des Solar Guerrilla Autonomous Response Team und der Mobile Anarchist School im allgemeinen für besonders unterstützenswert halten und die Philippinen auch ohne verheerenden Sturm arm sind, möchten wir an eure Solidarität appellieren und euch um eine Spende bitten. Wir garantieren, dass 100% der erhaltenen Gelder direkt an das philippinische Kollektiv gelangen werden.

FAU Bern, Quartiergasse 17, 3013 Bern,
PC 30-276725-1,
Vermerk Mobile Anarchist School

Wer die Philippin@s direkt kontaktieren will, kann das per Mail und auf English an: aschool@riseup.net

Kambodschas Textilindustrie steht still

An Weihnachten traten die kambodschanischen Textilarbeiter_innen in den Streik, da ihre Mindestlohnforderungen nicht erfüllt wurden. Laut Kong Athit von der Textilarbeitergewerkschaft seien 80 Prozent der Fabriken lahmgelegt und zwei Drittel der 600'000 Arbeiter_innen in der kambodschanischen Textilindustrie seien nicht an ihrem Arbeitsplatz. Dies einerseits weil sie streikten oder aber auch weil sie von den Fabrikbesitzern aus „Angst vor Sabotage“ ausgeschlossen wurden. Grund für die Streikwelle war die geplante Erhöhung des Mindestlohnes von 80 auf 95 Dollar pro Monat. Die Gewerkschaften hatten jedoch eine Verdoppelung auf 160 Dollar gefordert, da der jetzige Mindestlohn die gestiegenen Verbraucherpreise kaum ausgleicht. So ist der Lohn immer

noch auf dem Niveau des Jahres 2000. Dies ist nur der Höhepunkt einer langen Streikwelle: 2013 kam es schon zu 131 Streiks in der Textilbranche.

Der Staat antwortete auf die Streiks mit Zuckerbrot und Peitsche: Einerseits wurde der Mindestlohn nachträglich auf 100 Dollar „verbessert“ und zu einem runden Tisch aufgefordert, andererseits wird den Gewerkschaften mit Lizenzentzug gedroht, würden die Streiks nicht eingestellt. Auch Klagen gegen Gewerkschaftsfunktionäre werden nicht ausgeschlossen. Der Verband der Textilhersteller (GMAC) verweigerte jedoch seine Teilnahme an einem runden Tisch, bis die Ordnung in den Fabriken wiederhergestellt sei. Die Ordnungshüter_innen wurden daher auch angewiesen, Massnahmen gegen „Anarchisten,

welche die Arbeiter dazu anstacheln oder zwingen, die Arbeit niederzulegen und Fabrikeigentum zu beschädigen“ zu ergreifen. Am zweiten Januar lief das Ultimatum der Regierung aus: Am gleichen Tag liess sie (tödlich) bewaffnete Aufstandsbekämpfung auf demonstrierende Streikende los, welche sich mittlerweile Protesten der Opposition angeschlossen hatten.

Kambodschas Textilindustrie ist der nationale Hauptexporteur. Abnehmer sind vor allem amerikanische und europäische Unternehmen wie H&M, Nike oder GAP. GMAC zeichnet nun schon Horrorszenarien für das Fortbestehen der Arbeitsplätze, wenn der Streik nicht sofort ende oder der Mindestlohn so stark steige. Andere Länder, gleiche Argumente.

fat

Vogliamo tutto – wir wollen alles

Über die Rolle der Arbeiter_innen im Klassenkampf während des Operaismus und deren Verschwinden in der Multitude.

Die Texte des Klassenkampfes haben meist gemeinsam, dass sie den „Arbeiter“ konstruieren. Aus heutiger Sichtweise ist dabei schwer nachvollziehbar, wie viel dieses Konstrukt mit dem Leben der Arbeiter tatsächlich zu tun hatte. Ich verwende hier absichtlich nur die männliche Form, denn so Abstrakt der Arbeiter ist, so abwesend ist in vielen Fällen die Frau – eben als Hausfrau. Zum Glück bedeutet diese krasse Abgrenzung und Fremdzuschreibung letztlich für den Arbeiter weniger, als es über die Konzeption der Gesellschaft verrät.

Ausgehend von einer absoluten Unterscheidung zwischen Kapitalist_innen und Arbeiter_innen scheint in dieser ganzen Auseinandersetzung/Analyse auch der/die Intellektuelle eine separierte Stellung einzunehmen. Letztere sind jene, welche das Ganze verstehen und damit auch die Deutungshoheit an sich reißen. In ihren Analysen werden somit nicht nur soziale Lage und Verdienstmöglichkeiten auseinander dividiert, sondern auch geistiges Potential. Die Folge dieser Kategorisierungen

sind vereinfachende und absolutierende Trennungen in Intellektuelle, Arbeiter_innen und Kapitalist_innen. Gerade am Beispiel der Bewegung des Operaismus, lässt sich aufzeigen, wie diese Trennungen trotz aktiver Bestrebung zur Überwindung der Barriere von denselben Menschen wieder aufgebaut wird.

Aktivistische Arbeiter_innen

Der Operaismus¹ ist eine marxistische Erneuerungsbewegung, die ihren Ausgangspunkt in der italienischen Zeitschrift *Quaderni Rossi* (rote Hefte) nahm, welche 1960 gegründet wurde. Praktischer Hintergrund zu den abgedruckten theoretischen Analysen und Untersuchungen waren die aufkommenden „autonomen Arbeiter_innenkämpfe“. Die Arbeiter_innen wurden als autonom dargestellt, weil sie sich von der klassischen Vertretung durch die Gewerkschaften abwandten. Als die UIL, ein Dachverband italienischer Gewerkschaften, 1962 eine Sondervereinbarung unterzeichnete, sahen die Arbeiter_innen dies als Verrat und begannen sich selber zu organisieren. Daraus folgte eine Bewegung, die 1969 einen

Höhepunkt erreichte. Danach folgte eine Phase zunehmender Repression², bis die operaistische Bewegung Ende der 1970er zerschlagen war. Aktivist_innen landeten im Knast und/oder wurden ins Exil getrieben.

Die Bewegung war von sehr spezifischen Bedingungen geprägt, welche nur auf das Italien nach dem zweiten Weltkrieg zutrafen. Das daraus entstandene Theoriegebäude (und die dazugehörige Praxis) hat aber weit darüber hinaus Einfluss erlangt.

Da die kommunistische Linke als „Kriegsgewinnerin“ in die Regierung eingebunden war und mit ihr die etablierten linken Organisationen am nationalen Wiederaufbau arbeiteten, formierte sich eine Bewegung, welche die vergessene und ausgegrenzte Arbeiter_innenschaft in den Fokus rückte. Ihre Arbeitsbedingungen und die Ausbeutungsverhältnisse, vor allem in den Industriestädten Norditaliens sollten ins Zentrum der Überlegungen gestellt werden. Um nicht eine weitere Makroperspektive zu generieren, wie der kritisierte PCI (kommunistische Partei Italiens), wurde das Mittel der „Conricerca“, die Mit-Untersuchung entwickelt.

¹ Operaio = (Fabrik-)Arbeiter (ital.), also so etwas wie „Arbeiterismus“.

² Mitunter durch die Radikalisierung der *Brigate Rosse* ausgelöst

Mit der Arbeiter_innenschaft stand auch die Fabrik im Fokus, als die praktische Institution, welche die theoretischen Errungenschaften des Kapitals umsetzte und den Arbeiter_innen als Gesellschaftsaspekt erschuf. In den 1960er Jahren arbeiteten rund 170'000 Personen alleine in den FIAT-Werken in Turin. Um der Firmenpropaganda des zufriedenen Angestellten den realen Alltag entgegen zu halten, sollte nicht eine theoretische und quantifizierte Gegentheorie erstellt werden, sondern die Arbeiter_innenschaft selber angehört werden. In aktiver Auseinandersetzung mit den Arbeiter_innen und durch ihre Partizipation sollte das Selbstverständnis und der Lebensalltag untersucht und politisch berücksichtigt werden.

Die Untersuchungen begannen mit einfachen Fragebögen, aber mit dem sich vertiefenden Kontakt wurde aus den Befragungen eine teilnehmende Beobachtung, wobei einerseits der Lebensalltag selber erfahren wird und andererseits die Beobachtungen mit den Beobachteten diskutiert und ausgewertet werden. Die grosse Binnenmigration aus dem Süden Italiens und die heterogenen Lebenserfahrungen und Biografien der Arbeiter_innen trugen ebenso zur Überwindung von imaginierten Grenzen bei, wie die steigende Zahl der arbeitenden Studierenden.

Mit dem operaistischen Fokus auf Emanzipation und Autonomie und der Methode der Mit-Untersuchung kam der Widerspruch in der unterschiedlichen Behandlung der Geschlechter zu Tage. Der Fokus auf den Arbeiter als männlicher Lohnangestellter einer Fabrik sollte im Operaismus überwunden werden. Dies war eine zentrale Kritik an der engen Sichtweise im orthodoxen Marxismus. Die Erkenntnis, dass diese Ausweitung nicht nur den Arbeiter zu betreffen hatte, sondern auch die Geschlechterrollen setzte sich im Operaismus nur langsam durch. Erst nach fast einem Jahrzehnt erstritten die Frauen, parallel zur globalen Frauenrechtsbewegung, dass der Fokus auch auf die Geschlechterbeziehungen und die Bedeutung der Hausarbeit ausgeweitet werden musste. Frauen wurden in einem verstärkten Mass Teil der Organisationsstrukturen - auch

in vielen neuen Frauengruppen- und ihre Anliegen fanden Eingang in die Analyse der Wirtschaftsweise. Zur Erinnerung: der Operaismus erneuerte die Lesart von Marx's Gesamtwerken, allen voran des Kapitals.

Ausgehend vom (operaistischen) Begriff der Klassenzusammensetzung, der im marx'schen Sinne die technische Seite der Produktionskonstellation und die politische Konstellation der Arbeiter_innenschaft zusammenführte, entwickelte sich das Bild der Produktionsweise und der dabei produzierten Subjekte der Arbeiter_innen: weg von der Massenbewegung hin zur heterogenen und individualisierten Gesellschaft, ihrer sozialen Kämpfe und ihres Konsums. Die Diskurse um die vom Kapitalismus produzierten Lebenswelten rückten an vielen Stellen die Identitätsfrage in den Vordergrund, nicht nur für Einzelpersonen. Somit steht der Operaismus am Übergang von der Sichtweise der Arbeiter_innenkämpfe als Massenbewegung hin zur postmodernen

kein italienbezogenes Phänomen. Die Bewegung des Operaismus führte aber dazu, dass sich der Konflikt in Italien zum Thema der Arbeiter_innenbewegung entzündete, und nicht etwa an den Universitäten oder in Kunst- und Kulturzentren.

Arbeitende Aktivist_innen

Schon zu Zeiten des Operaismus war Antonio Negri eine der zentralen Gestalten. Hervorgetan hat er sich aber noch stärker im „Post-Operaismus“, wo er mit Michael Hardt die Begriffe Multitude und Empire in ihrer gegenwärtigen Verwendung populär machte.

Im Begriff der Multitude wird der Entwicklung Rechnung getragen, dass die kapitalismuskritische Bewegung mit weit mehr als nur der Lohnarbeit beschäftigt ist. Da der Kapitalismus die Multitude vollständig einschliesst, machen nicht mehr nur die Arbeiter_innen im Klassenkampf die Bewegung aus. Auch Umweltfragen, gesellschaftli-



Arbeiterklasse? Zur Zeit des Operaismus.

fraktalisierten Individualgesellschaft. Dieses Identitätskonzept beschreibt die akuten Tendenzen, dass die (subkulturellen) Selbstzuschreibungen in den Vordergrund gerückt werden und durch scheinbare Differenzen die Zugehörigkeit zur Gesellschaft verdeckt werden.

Die Unruhen Ende der 1960er und die Repression gegen den zunehmenden Wandel während den 1970er Jahre wa-

che Freiheiten und beispielsweise die Nutzung des öffentlichen Raumes sind Teil des Konfliktes. Daraus entsteht ein zusammenhängenderes und komplexeres Bild von dem, was Gesellschaft ist, wie eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Entfremdung aussehen könnte, und welche Wege dorthin führen sollen.

Diese Sichtweise auf die Entwicklung

(weiter auf Seite 10)

Vogliamo tutto

(von Seite 9)

wurde in der Antiglobalisierungsbewegung um die Jahrtausendwende sehr deutlich dargestellt/offenbart, wo eine endlose Zahl an Selbstverständnissen zu Protesten führten, die alle Sphären der Gesellschaft umfassten und neben dem lokalen Kampf meist auch die globale Vernetzung gesucht wurde. Gemeinsam war allen die Kritik an der kapitalistischen Herrschaft, also dem Konglomerat aus politischer und wirtschaftlicher Elite in ihren jeweiligen Organisationsstrukturen und Bündnissen. Dabei lagen nicht nur die Kritiken und Wünsche teils weit auseinander, sondern auch die Aktionsformen und -wege zum Ziel. Obwohl die Antiglobalisierungsbewegung und der Begriff der Multitude weltweite Phänomene beschreiben, stammt das passende Beispiel zur Bandbreite der Bewegung ebenfalls aus Italien: Einerseits die Tute Bianchi (Friedlicher Massenprotest, radikale Projektionsfläche für Ziele und Staatsgewalt) und andererseits die Brigade Rosse (durch die Repression von der Arbeiter_innenbewegung abgespaltene, elitäre und gewaltbereite Kommandostruktur). Dies verdeutlicht einerseits die zentrale Stellung der Frage, die der Operaismus aufgegriffen hat und andererseits, dass Distanzen nicht mehr den entscheidenden Faktor zu spielen brauchen.

Das Massenindividuum

Der Begriff der Multitude steht zwar für die Vielfalt der Interessen, für vielfältige Herangehensweisen und hat einen Fokus auf die revoltierende Gesellschaft als Ganzes. Der Begriff ist aber derart komplex, dass die Frage, wie die Multitude zusammenkommt, nicht mehr wirklich erklärbar ist. So wird mit diesem einen Begriff, der alles umfassen soll, ein System geschaffen, das im Alltag kaum erlebbar ist und noch weniger nachvollzogen werden kann. Als Schlachtruf mag er taugen, aber wie die Menschen wissen sollen, was sie rufen, ist kaum nachvollziehbar. Nicht dass dies beim Begriff der Gesellschaft anders ist, aber kaum jemand behauptet, dass es jetzt schon nur noch eine Gesellschaft gibt. Eine globale Gesellschaft ist in dem Sinne erstrebenswert, dass klassische

Themen wie Naturschutz und so absurde Dinge wie Produktionsnormen gemeinsam behandelt werden können. Damit aber eine Weltorganisation aufzubauen, die nur in die richtigen Hände gelangen muss, ist doch klar absurd. Wie weit die Autoren von Empire, Hardt und Negri, von diesem Punkt weg sind, ist nicht ganz klar, wenn sie in ihren Beispielen Kämpfe aufführen, die bereits ganze Regionen oder Länder umfassen. Ihre Sichtweise auf die globale Verlinkung dieser Kämpfe scheint jedoch mehr auf die mediale Wirkung abgestützt zu sein, als auf die Organisationsformen, welche zutage traten. Im Bezug auf die unter-

mungen mit einem egalitären Anspruch lässt sich dies beobachten. Nach einer anfänglichen Phase der Annäherung auf lokaler Ebene, werden mit zunehmender Globalisierung und Abstrahierung wieder Differenzen produziert.

Projekte wie die FAU versuchen dem mit kleinen Massnahmen entgegen zu treten, ohne dabei aber die Gleichheit der Fähigkeiten vorauszusetzen. Entscheidend ist das Beweglich-Halten der Strukturen und der Spass an der Sache, den die einzelnen Akteur_innen erleben. So werden Aufgaben weitergegeben, gegenseitig Sachen gelehrt/gelernt und relativ viel



Multitude? Gegen den Anti-Drogen-Krieg.

schiedlichen Platzbesetzungen der letzten paar Jahre wird erst erkennbar, was auf lokaler Ebene nötig ist, um überhaupt global zu handeln.

Gesellschaft kann doch nur entstehen, wenn die lokalen Dinge gemeinsam angegangen werden können. Was global ausgehandelt werden muss, um etwas vereinfachend zu schreiben, muss von lokaler Ebene aus bestimmt, auf globaler Ebene auch mit den lokalen Antagonist_innen debattiert und letztendlich wieder implementiert werden, trotz aller Differenzen.

Bestrebungen zur Überwindung von kategorisierenden Differenzen zwischen Menschen haben meistens ein sehr kurzes Leben. Gerade in politischen Strö-

in der ganzen Gruppe erarbeitet, bzw. bis in die Tiefe gemeinsam diskutiert. Wenn dies über die Gruppengrenze zum Selbstverständnis wird, können erst die grösseren Differenzen und Hürden auf globaler Ebene überwunden werden. Gerade die kleinen Massnahmen, die eine kleine Basisgewerkschaft mit so vielen anderen Gruppen teilt, müssen zur Basis einer neuen Gesellschaft werden.

Vogliamo tutti/e – wir wollen alle

Wir wollen alle dabei haben, wir wollen alle einbeziehen und wir wollen, dass alle selbstbestimmte und hörbare Akteur_innen der Gesellschaft sind. Wir sind eine Basisgewerkschaft, was seid ihr?

s.deo

Garelli

In den frühen siebziger Jahren
machte ich eine Lehre als Maler

Ging um halb sieben aus dem
Haus fuhr mit meiner Garelli

Automatik auf die Baustellen
zog mein Überkleid an und

Wartete darauf dass es sieben
Uhr wurde abends um fünf fuhr

Ich mit meiner Garelli Automatik
wieder nach Haus

so schnell es ging

ass zu Abend und fuhr mit meiner
Garelli wieder raus um den Benzin

Tank füllen zu lassen meist
aber um für mich allein zu sein

oder mit meinen Kumpels in
den Strassen rumzukurven

die Garelli hatte am Berg einen
guten Zug und mit ihr fuhr

ich lange Strecken auch mal von
Italien rauf über den Sankt

Gotthard runter ins Mittelland

Mit ihr fuhr ich die ganze
Lehre hindurch fuhr mit ihr

wie ein Tagträumer durch
die Strassen später dann

als die Revolutionäre mich
schon rügten fuhr ich weiter

Mit meiner Garelli Automatik
dachte mir diese Scheiss

linke

kann mich mal

von Hans Marccheto

Ein (neoliberales) Stossgebet

Markt unser in Theorie,
geheiligt werde deine Funktion
Mein Reichtum komme, mein Wille geschehe
wie im Westen so auf Erden

Unser täglich Profit gib uns heute
Und gib uns neue Schulden, so dass wir schröpfen unsere Schuldner
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von den bösen Linken

Denn der Reichtum, die Macht und die Herrlichkeit in Ewigkeit

von Fabian Tifa

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

di schwarzi chatz
Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz



Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten
Sprengprogramme um Sprengprogramme, Proteste um Proteste... Die historischen aus Spanien haben ein offizielles Bild... Wie stehen die dortigen sozialen- und Arbeiter_innenbewegungen und welche Probleme stellen sich ihnen? Dieser Erfahrungsbereich wird einen Einblick in die aktuelle Lage vor Ort liefern.

Arbeitslosigkeit und Solidarität
Arbeitslosigkeit und Solidarität... Solidarität in Basel und München für letzten Arbeitsübertragungen

Wie können ich was machen wenn's Dope?
Arbeitslosigkeit und Solidarität... Solidarität in Basel und München für letzten Arbeitsübertragungen

Die Palmen sind hier... Arbeitslosigkeit
Die Palmen sind hier... Arbeitslosigkeit... Solidarität in Basel und München für letzten Arbeitsübertragungen

Die Palmen sind hier... Arbeitslosigkeit
Die Palmen sind hier... Arbeitslosigkeit... Solidarität in Basel und München für letzten Arbeitsübertragungen

abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (je 6 Ausgaben für 60.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort: E-Mail:

Einsenden an:
di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

EINE GEWERKSCHAFT: Weil diese Organisationsformen sowohl den ökonomischen, politischen, sozialen, und bis zu einem gewissen Grad auch den kulturellen Bereich des Lebens abdeckt. Weil sie direkt aus der Bevölkerung entsteht und deren Interessen vertritt.

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen sich denjenigen des Kapitalismus/der Kapitalistinnen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von der Basis getroffen werden sollen und wir zur Selbstorganisation der Kämpfe aufrufen.

SOLIDARISCH: Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen. Weil einzig Reflexion und die berufsübergreifende Aktion den Gruppenegoismus verhindern.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:
info@faubern.ch. oder zeitung@faubern.ch.

Impressum

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25



Schwangerschaft & Arbeit

Es gibt einige Schutzbestimmungen für Schwangere und Stillende:

Schwangere und Stillende dürfen nicht mehr als neun Stunden täglich arbeiten. Sie dürfen nur mit ihrem Einverständnis beschäftigt werden und dürfen die Arbeit auf blosser Anzeige hin verlassen oder fernbleiben.

In den letzten 8 Wochen dürfen Schwangere nur noch am Tag (6-20 Uhr) arbeiten. Wenn der Betrieb keine Arbeit in dieser Zeit zuteilen kann, muss er 80% des Grundlohns bezahlen.

Stehende Arbeit ist nur mit Einschränkungen erlaubt; gefährliche oder beschwerliche Arbeit ist gar nicht erlaubt. Wenn der Betrieb keine diesen Vorschriften entsprechende Arbeit zuteilen kann, muss er ebenfalls 80% des Grundlohns bezahlen.

Nach der Geburt gilt ein Arbeitsverbot von 8 Wochen, sowie das Recht 16 Wochen lang der Arbeit fern zu bleiben. Als letztes Land in Westeuropa hat die Schweiz eine Mutterschaftsversicherung bekommen: Nach der Geburt muss der Mutter der Lohn während 14 Wochen zu 80% weiterbezahlt werden. In einigen Branchen gibt es GAV, die bessere Bedingungen vorschreiben.

Wichtig: Da du nach der Niederkunft 16 Wochen lang der Arbeit fernbleiben darfst, reicht es auf jeden Fall, wenn du deine Stelle erst nach der Geburt kündigst, falls du nachher nicht mehr arbeiten willst. Nütze dies aus!

Nützliche Adressen

www.viavia.ch/ratgeber -> Schwangerschaft, Mutterschaft.

Lohn bei Arbeitsverhinderung

1. Lohn bei Unfall

Alle ArbeitnehmerInnen müssen obligatorisch für einen Lohnersatz (Taggeld) von 80% gegen Betriebsunfall (während Arbeit und Arbeitszeit) versichert sein. Wer mehr als 8 Stunden pro Woche arbeitet, muss obligatorisch auch für Nicht-Betriebsunfälle versichert sein. Auch wenn der/die Arbeitgeber_in keine Unfallversicherung abgeschlossen hat, erhält der/die Arbeitnehmer_in trotzdem die Leistungen bei Unfall (meist über die SUVA).

2. Lohn bei Krankheit oder Schwangerschaft

Bei Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit oder Schwangerschaft muss der Arbeitgeber während einer bestimmten Zeit den Lohn weiterhin zahlen.

Es gibt von Region zu Region verschiedene Skalen, die gelten, wenn im Arbeitsvertrag keine bessere Regelung vorhanden ist. Grundsätzlich gilt: Je länger du für denselben Betrieb arbeitest, desto länger muss dieser den Lohn fortzahlen.

Achtung: In den ersten drei Monaten eines neuen Arbeitsvertrags muss bei Krankheit keine Lohnfortzahlung geleistet werden!

www.direkteaktion.org		Direkte Aktion
		[mehr als nur eine Zeitung]
	abonnieren? zeitung@faubern.ch	

Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch

Auflage: 450
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)